

SSW Landesparteitag 2017

Lars Harms
SSW-Fraktionsvorsitzender
Rede zu TOP 5 –

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
Mail: info@ssw.de
Internet: www.ssw.de

Forderungen des SSW zur Bundestagswahl 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 16.09.2017

Kære venner, liiw följkens,

traditionen tro stiller SSW hverken op til forbundsdagsvalget eller kommer med en anbefaling, hvem man skal vælge. Vi er overbevist om, at vores vælgere er ansvarsfulde og bevidste medborgere, som selv kan finde ud af, hvem de vil stemme på. Alligevel har SSW som regionalt mindretalsparti, der har siddet med i en landsregering selvfølgelig nogle holdninger og politiske krav i forbindelse med forbundsdagsvalget.

Vi er ikke ligeglade med, hvem der regerer i Berlin og hvordan der bliver regeret i Berlin. For os er særlig Tysklands mindretalspolitik og forholdene i det dansk-tyske grænselandet vigtige. Det genspejles også i den foreliggende resolution. Med denne resolution vil vi understrege de emner, som er vigtige for os i SSW i forbindelse med forbundsdagsvalget. Jeg vil kort komme ind på nogle af resolutionens emner.

Liebe Freunde,

der SSW wird auch bei dieser Bundestagswahl keine Wahlempfehlung für andere Parteien aussprechen. Dennoch wollen wir als regionale Minderheitenpartei mit dieser Resolution Forderungen zur Bundeswahl ansprechen, die uns besonders wichtig sind. Wobei wir uns auf die Minderheitenpolitik des Bundes und die Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzlandes konzentriert haben.

Eines aber vorweg: Allen Unkenrufen in den Medien zum Trotz ist diese Wahl nicht egal und nicht überflüssig oder schon entschieden, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel scheinbar wieder gewinnt. Die Bundestagswahl ist für mich aus einem ganz anderen Grund wichtig. **Wollen wir wirklich einfach zusehen, wie eine stark rechtspopulistische Partei oder gar in Teilen rassistische Partei in den Bundestag einzieht?** Wollen wir ohne Widerstand hinnehmen, dass in Zukunft eine Partei vielleicht den Oppositionsführer stellt, in deren Reihen Politiker sind, die die Erinnerungskultur an den totalen Völkermord und Genozid der Nazis an den Juden, Sinti u. Roma oder den Millionen von anderen Opfern für überflüssig halten? Oder deren Politiker deutsche Staatsbürger mit ausländischem Hintergrund „entsorgen“ möchten. Oder deren Politikerinnen an der Grenze auf Flüchtlinge schießen lassen wollen. **Nein, das dürfen wir nicht unwidersprochen hinnehmen.**

Selbstverständlich muss es in einer Demokratie auch Platz für nationalkonservative oder rechtskonservative Haltungen geben. Und sicherlich hat Angela Merkel mit ihrem Kurs der Mitte viele konservative Wählerinnen und Wähler nicht ansprechen können. Aber solange die AFD sich nicht entschieden nach ganz rechts abgrenzt - solange die AFD nicht mit den rassistischen oder gar nazistischen Politikerinnen und Politikern in ihren eigenen Reihen aufräumt - solange die AFD in Flüchtlings- und Ausländerfragen mit dem „rechten“ Feuer spielt, solange werden wir im SSW diese Partei nicht als „normale“ Partei akzeptieren können.

Deshalb geht auch heute unser Appell an die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein: **Geht bitte zur Wahl am 24. September und wählt Parteien, die sich zu einer offenen Gesellschaft bekennen.** Wählt Parteien, die sich zum historischen Erbe, der gewachsenen Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Die totale Katastrophe des Naziregimes darf niemals in Vergessenheit geraten und die Lehren daraus auch nicht.

Zu diesem Erbe gehört auch, dass die Bundesrepublik Deutschland seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955 eine moderne positive Minderheitenpolitik entwickelt hat. Im Grunde hat man auf der Bundesebene viel früher als in Teilen der schleswig-holsteinischen Politik, die Vorteile einer konstruktiven Minderheitenpolitik erkannt. **Denn Minderheitenpolitik ist immer**

auch Friedenspolitik. Dies gilt im Verhältnis Deutschlands zu Dänemark, aber auch in ganz Europa.

Aber auch diese positive Politik des Bundes ist noch verbesserungswürdig. Der SSW fordert daher, dass der Bund seinen Verpflichtungen für die vier nationalen Minderheiten - Dänen, Friesen, Sorben sowie Sinti und Roma – finanziell noch besser als heute nachkommt. Dazu muss u.a. das Kooperationsverbot des Bundes im Kulturbereich z.B. für Schulen aufgehoben werden und wir wollen, dass der **Schutz und die Förderung der vier nationalen Minderheiten** in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland - nach dem Vorbild der Landesverfassung Schleswig-Holstein – verankert wird.

Dabei geht es auch um die Anerkennung der Minderheiten als Menschen, die hier geboren sind, deren Vorfahren schon seit Jahrhunderten hier leben und die deutsche Staatsbürger sind. Gerade für die Sinti und Roma wäre diese Anerkennung durch eine Aufnahme in das Grundgesetz sehr wichtig. Seit der Flüchtlingskrise ist es für diese Minderheit nicht leichter geworden, da die Ausgrenzungstendenzen und rassistischen Anfeindungen seither stark angestiegen sind. **Das dürfen wir nicht hinnehmen oder akzeptieren.**

Der SSW will auch eine **Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Verwaltungsverfahrensgesetzes, der Abgabenordnung und des Sozialgesetzbuches** so, dass die Minderheitensprachen vollständig anerkannt werden. Bisher ist die Gerichtssprache und Amtssprache in unserem Land nur Deutsch. Wir wollen dass hier ergänzt wird, dass auch die Sprachen der anerkannten nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland in Schrift und Wort genutzt werden können. Auch der Bund muss sich, wie das Land, zur Mehrsprachigkeit und zu seinen Minderheiten in der allgemeinen Gesetzgebung bekennen. **Deshalb muss hier endlich etwas geschehen.**

Und wir wollen, dass sich der Bund auf europäischer Ebene für die europäische Bürgerinitiative **Minority Safepack** zum Schutz der nationalen Minderheiten einsetzt. Hier muss die neue Bundesregierung noch mehr auf die europäischen Partnerländer

einwirken, damit es endlich zu einer gemeinsamen europäischen Minderheitenpolitik kommt.

Das sind die minderheitenpolitischen Forderungen bei denen wir erwarten, dass sich die zukünftige Bundesregierung, aber auch die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten sich hierfür einsetzen werden. Gemeinsam mit unseren Partnern im SSF, in der Friisk Forining und im Minderheitenrat wird der SSW in Berlin den Dialog in diesen minderheitenpolitischen Fragen fortführen.

Aber als SSW ist es für uns auch sehr entscheidend, welche regionalpolitischen Impulse von einer neuen Bundesregierung für das deutsch-dänische Grenzland ausgehen. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag wird der SSW natürlich Druck auf die Landesregierung machen, um den Norden Schleswig-Holsteins wirtschaftlich, sozial und kulturell weiter voranzubringen.

Wir wissen aber auch, dass dies ohne entsprechende politische Entscheidungen in Berlin nicht immer leicht ist. Das gilt für die Beseitigung von rechtlichen Barrieren für Grenzpendler. Und das gilt noch mehr für den Ausbau der Infrastruktur in Schleswig-Holstein. Hier haben wir große Defizite. Das merken wir jeden Tag, wenn wir in Schleswig-Holstein, ob mit dem Auto oder der Bahn unterwegs sind. Jede Landesregierung egal welcher politischer Farbe hat es bei Verkehrsinvestitionen in den letzten Jahrzehnten in Berlin schwer gehabt. Deshalb müssen die kommenden schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten noch stärker in Berlin in diesen Fragen tätig werden.

Der SSW fordert, dass sich der Bund gemeinsam mit Dänemark für einen **Ausbau Infrastruktur der Jütland-Route** einsetzt. Dazu gehört ein dreispuriger Ausbau der A7 von der Grenze bis Hamburg und ein zügigen **Neubau einer kombinierten Straßen-Schienen-Lösung** über den Nord-Ostsee-Kanal. Weiter muss sich der Bund für einen schnellen Ausbau der A20 mit einer Elbüberquerung einsetzen. Wir reden schon seit Jahrzehnten darüber. Jetzt muss endlich gehandelt werden. Nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger ist das wichtig, sondern auch für unsere heimische Wirtschaft, damit sie weiterhin konkurrenzfähig sein kann.

Ein letzter Punkt ist eine Herzensangelegenheit des SSW. Wir teilen nicht unbegrenzt die Auffassung von Bundeskanzlerin Merkel, dass es allen Leuten in Deutschland gut geht. Sicherlich geht es sehr vielen Menschen besser als vor Jahren noch. Aber wir haben immer noch große soziale Probleme mit vielen Menschen, die kaum von ihrer Arbeit leben können.

Wir hätten heute viele soziale Punkte, die dem SSW bei der Bundestagswahl wichtig sind, herauspicken können. Ich möchte nur beispielhaft einen Punkt nennen: Und das ist die Frage sicherer Renten, von denen man gut leben kann. Wir brauchen eine Rentenreform, die ihren Namen verdient. Wir brauchen eine Mindestrente für jeden, die deutlich über Hartz IV-Niveau liegt. Und wir müssen dafür sorgen, dass alle solidarisch in das Rentensystem einzahlen! **Daher fordert der SSW eine grundlegende Änderung des Rentensystems, die eine höhere Rente für breitere Bevölkerungsschichten sichert und der Altersarmut entgegen tritt.**

Das ist eine Herkulesaufgabe für den neuen Bundestag. Aber das ist eine Aufgabe die gelöst werden muss, wenn das Vertrauen in unsere demokratische Wirtschaftsordnung weiter bestehen bleiben soll. **Kurz um: wir brauchen in Zukunft eine soziale Marktwirtschaft, die den Namen wirklich verdient.**

Dies ist natürlich nur ein Auszug von dem, was wir als SSW uns wünschen würden.

Das allerwichtigste aber ist:

Geht zur Wahl und wählt Parteien, die die Demokratie und Meinungsfreiheit schützen!

Tak for ordet. Foole tunk fort tuhiiren!